

sollen davon alte Arbeiter betroffen sein, die 25 bis 30 Jahre auf demselben Werk arbeiteten und 5—600 Mark aus eigenen Mitteln zu diesen Klassen gesteuert haben. Wo in solcher Weise Unzufriedenheit gestiftet wird, da bedarf es gar keiner sozialdemokratischen „Unruhigung“. Die Sozialdemokratie wird trotz des vorzeitigen Triumphes des Oppolner Gewerberaths in Oberschlesien reiche Ernte halten.

Vor Allem aber verdienen die Mittheilungen des Breslauer Gewerberaths über die Rechtspraktiken der Unternehmer gegen entlassene Arbeiter die weiteste Beachtung. In Reichenbacher Fabrikantenkreisen hat sich darin ein wahres System herausgebildet, die Entlassungsscheine zur Kennzeichnung mißliebiger Arbeiter, auch wenn sie sonst ordnungsmäßig gekündigt haben, zu benutzen. Das dort gebräuchliche Schema enthält im Vordruck den Schluß: „und wird heute nach ordnungsmäßig erfolgter Kündigung entlassen.“ Oefters fanden nun Arbeiter, die nach irgend einer kleinen Differenz, jedoch nach ordnungsmäßiger Kündigung austraten, in ihren Scheinen das Wort „ordnungsmäßig“ durchstrichen und fanden dann keine Arbeit in Fabriken. Es gelang der Inspektion zwar in einigen Fällen, für die Betroffenen einen neuen Schein zu erwirken, wozu sich die Fabrikanten indes nur ungern verstanden. Mehrfach wurde die Ausstellung eines neuen Scheins jedoch verweigert, obwohl gegen die Arbeiter nichts Nachtheiliges vorlag, und letztere mußten erst das Gewerbegericht anrufen. Hierzu sei bemerkt, daß die Kennzeichnung von Zeugnisse nach §§ 113 und 150, 2 der Gewerbeordnung straffällig ist; von einer Straflage gegen die Gesetzesübertreter steht aber nichts im Bericht. Jedenfalls ist dies ein charakteristischer Beitrag zur Beleuchtung der gegenwärtigen Situation, in der Strafvorschriften gegen die Arbeiter verschärft werden sollen. — Auch in anderer Hinsicht erfreut sich das Unternehmertum einer außerordentlich milden Behandlung seitens der Behörden und Gerichte. So wurden zwar in 5984 Anlagen Jugend- und Arbeiterinnenschutzvergehen ermittelt (im Vorjahre nur in 5836 Anlagen), aber nur 890 Personen deswegen bestraft; das sind erst 14,8 Proz., während über 85 Proz. der Gesetzesübertreter straffrei blieben. Ein Siebereibesitzer in Pommern beschäftigte 9 Jugendliche genau so lange wie die Erwachsenen, täglich 11 Stunden; er kam mit einer Verwarnung davon. Ein Druckereibesitzer beschäftigte jugendliche Arbeiter täglich bis zu 18stündiger Dauer; obwohl er Dampfkrast verwendet, wurde er freigesprochen, da sein Betrieb nicht als Fabrik erachtet wurde. Kann es da verwundern, daß die Zahl der Arbeiterchutzvergehen, namentlich die betreffend die Beschäftigung weiblicher Arbeiter, bedeutend zugenommen hat? Auch das ist eine Wirkung des Scharfmacherkurzes, der den Arbeiterchutzfeinden Oberwasser giebt und sie zu den dreisteften Gesetzesverletzungen indirekt ermutigt.

Seit Jahren haben Reformen aller Parteien ein gesetzliches Verbot jeder Schulfinderbeschäftigung gefordert und auf die unhaltbaren Zustände in der Hausindustrie verwiesen. Trotzdem vor zwei Jahren Erhebungen über den Umfang der gewerblichen Kinderarbeit stattgefunden haben, ist bis heute noch nichts geschehen. Nur in einigen Städten hat man versucht, im Wege von Polizeiverordnungen wenigstens die schlimmsten Auswüchse, die Kinderausbeutung, die Nachtarbeit und die Beschäftigung vor dem Frühlings- und Nachmittagsunterricht, zu beseitigen, so in Mülhausen und Spandau, im Berichtsjahr außerdem noch im Regierungsbezirk Düsseldorf, hinsichtlich der Hausindustrie und Heimarbeit in der Metall- und Textilindustrie, Kleider- und Wäscheindustrie und Zündholzschachtelfabrikation. Da die Mülhäuser Verordnung durch ein Kammergerichts-Urtheil vom 8. November 1898 als rechtsgültig bestätigt worden ist, so soll sie nunmehr auf die Städte Nordhausen und Erfurt ausgedehnt werden. Es hat fast den Anschein, als wollte man auf diesem Wege ein klares Reichsverbot übersichtlich machen. Wie wenig dies erreicht werden kann, beweist nicht bloß die Thatsache, daß derartige Verordnungen sehr vereinzelt geblieben sind, sondern auch ein einfacher Vergleich der sachlichen Tragweite. Ein Nachtarbeitsverbot für die Hausindustrie, das außerdem sehr schwer kontrollierbar ist, ist noch lange kein völliges Kinderarbeitsverbot. Eine Statistik des Württemberger Beamten weist 10 526 gewerblich beschäftigte Schulfinder im dortigen Bezirk nach, davon etwa 5919 in der gesundheitsgefährlichen Zigarrenindustrie. Selbst in Steinbrüchen und bei Straßenarbeiten, in Spinnereien, beim Rohhaarpuzzen und Lampenputzen wurden Kinder beschäftigt. Wo sich solche Verordnungen breit machen und aller öffentlichen Hygiene Hohn sprechen, da ist ein energisches Einschreiten geboten. Das kann erfolgreich nur von Gesetz wegen geschehen.

Die wirtschaftliche Lage der Industrie wird in nahezu allen Einzelberichten als eine überaus günstige bezeichnet: „eine Periode fortwährenden kraftvollen Aufschwunges und reichen Gewinnes“, wie es im Oppolner Bericht heißt; nur fehlt dort der folgerichtige Zusatz: für die Unternehmer — denn die Arbeiter haben von den reichen Gewinnen kaum etwas abbekommen. Zwar behaupten manche Berichte schlanke, daß die Arbeitslöhne gestiegen seien oder daß sich die Lage der Arbeiter verbessert habe und was dergleichen herkömmliche Lebensarten mehr sind. Geht man denselben näher auf den Grund, so würde sich herausstellen, was andere schärfere Berichte direkt zugeben, daß die behaupteten Lohnsteigerungen, wenn sie nicht von Lohnbewegungen des Arbeiters herrühren, lediglich den Mehrleistungen des Lohners bei gesteigertem Aufwand oder Ueberstundenarbeit entsprechen, oft auch nur durch den Wegfall von

Arbeitslosigkeitspausen begründet sind. In einigen Bezirken werden diese angeblichen Lohnsteigerungen auf die gelehrten Arbeiter beschränkt, während die Masse der ungelerten Arbeiter leer ausging. Damit dürfte in der Hauptsache das Richtige getroffen sein. Was aber von den Lohnsteigerungen für die Arbeiter übrig blieb, das zeigen die Vergleiche mit den gesteigerten Lebensmitteln- und Mietzpreisen, in deren Berücksichtigung die Berichte von Ost- und Westpreußen und Posen eine Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter konstatieren. Nur der Breslauer Bericht behauptet „verhältnismäßig niedrige Lebensmittelpreise“; was der dortige Gewerbebericht dabei als normale Verhältnisse im Auge hat, ist nicht ersichtlich. Die Löhne in dortigen Bezirken gehören bekanntlich zu den niedrigsten, und weder die Breslauer Arbeiterschaft, noch etwa die schlesischen Weber werden seinem Urtheil zustimmen.

Einige Lohnangaben finden sich auch diesmal in den Berichten verstreut. So fand der Posener Beamte bei ungelerten Arbeitern Löhne von 7 bis 12 Mark, bei gelehrten von 18 bis 20 Mark und für Arbeiterinnen folgte von 4,50 bis 9 Mark pro Woche. Dreher, Former und Schlosser erhielten 30 bis 46 Pfennige pro Stunde, während Tischler bis zu 26 Mark verdienten. Letzteres mögen wohl nur Ausnahmen sein. Der ostpreussische Beamte führt Stundenlöhne von 16, 13, ja von nur 11 Pfennigen bei täglich 13- bis 15stündiger Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf dem Lande an. — Arbeitsverhältnisse, die den Zug der Arbeiter nach den Städten und den Arbeitermangel auf dem Lande sehr greiflich erscheinen lassen. Der Arnberger Bericht giebt die Jahresdurchschnittsverdienste von drei größeren Werken in folgender Höhe (pro Arbeiter) an: Bochumer Verein 1205,63 Mark (Vorjahr 1165,20 Mark); Gußstahlwerk Witten 1152,42 Mark (1117,06 Mark); Eisengüßte Westfalica 931,70 Mark (890,10 Mark). In den dortigen Hochofenwerken schwanken die Tagesverdienste der Arbeiter zwischen Mark 2,80 bis 3,70, in den Walz-, Hammer- und Ruedelwerken zwischen 2,20 bis 7,90 Mark, in den Steinbrüchen und Schiefergruben zwischen 2,40 bis 8 Mark, in den Metallmaaren- und Blechwaarenfabriken und Siebereien zwischen 1,99 bis 6,31 Mark, in den Gerb- und Maschinenfabriken zwischen 2,51 bis 7,91 Mark, Leimfabriken 2,40 bis 2,50 Mark, Gerbereien 2,30 bis 2,70 Mark, Zigarrenfabriken 0,50 bis 3,60 Mark. Da die höheren Löhne nur Seltenheiten sein werden, so hat man es da mit keineswegs glänzenden Lohnverhältnissen zu thun. Von den reichen Gewinnen der Industrie ist dabei nichts zu spüren. Der Hannoverische Beamte ist in der Lage, eine Drehergruppe eines Eisenwerks mit 2410 Mark Durchschnittsverdienst pro Kopf und Berichtsjahr aufzuweisen zu können. Als Renommirstück dürfte dieser Ausnahmeverdienst einer vielleicht begünstigten Affordgruppe für den Hannoverischen Bericht seinen Zweck erfüllt haben.

Die Arbeitszeit in den einzelnen Industrien hat wenig Veränderungen erfahren, da im Allgemeinen die Unternehmer während der Prosperität für Arbeitszeitverkürzungen nicht zu haben sind, sondern eher die Arbeitsdauer durch Ueberstunden verlängern. Nur wo die Arbeiter für die Verkürzung der Arbeitszeit auf die Schanzen traten, gaben die ersteren nach. Die Mehrzahl der Unternehmer kann sich eben von der alten Manchesterdoktrin, wonach die längste Arbeitszeit die lohnendste sei, nicht trennen, obwohl neuere Erfahrungen fast stets das Gegentheil bewiesen und auch der Biegniger Beamte berichten kann, daß die Arbeitszeitverkürzung sich durchweg für Arbeiter und Unternehmer gut behährt habe.

Im Bezirk Breslau hatte eine Glasfabrik beim Uebergang vom Gasen zum Wannenbetrieb sogar mit der Einführung des vierschichtigen Sechstundentages denselben Erfolg. Die Arbeiter verdienten in der kurzen Arbeitszeit sogar noch mehr als früher. Freilich sind es häufig auch die Arbeiter selber, wie der ostpreussische Bericht bemerkt, die die Veranlassung zu übermäßig langen Arbeitszeiten bieten, sie streben danach, sich trotz des üblichen geringen Stundenlohnes einen größeren Gesamtverdienst zu verschaffen. Der Bericht fügt hinzu, daß die Arbeitgeber sehr wohl die Löhne erhöhen könnten, da in kürzerer Arbeitszeit Fleiß und Emsigkeit der Arbeiter größer würden. Die Arbeitgeber werden sich für diese Empfehlung bestens bedanken und nicht eher höhere Löhne zahlen, als bis die Arbeiter dies durchsetzen oder ein permanenter Arbeitermangel sie dazu zwingt.

Der letztere ist allerdings, namentlich in Ostpreußen, schon vielfach vorhanden und auch in anderen Bezirken wurde lebhaft darüber geklagt, am meisten natürlich in den Industrien mit niedrigen Löhnen und rückständigen Verhältnissen, während die entwickelteren Industrien durch entsprechende Lohngehote noch immer im Stande waren, jeden Arbeiterbedarf zu decken. Die Klagen reduzieren sich also auf den Mangel an billigen Arbeitern und der mag hier und da allerdings vorhanden gewesen sein, zumal dort, wo die schlechten Verhältnisse zur Massenabwanderung der Arbeiter führen, wie in Ost- und Westpreußen, Schlesien u. s. w. Nur in Posen ist trotz großer Abwanderung noch ein starkes Arbeiterangebot vorhanden, weil die Industrie zu wenig entwickelt ist, um alle Arbeitskräfte zu absorbieren.

(Schluß folgt.)

Die heftige Fabrik-Inspektion im Verkehr mit Arbeitern und Arbeitgebern.

Einem sehr wichtigen Bestandtheil der Thätigkeit der Fabrik-Inspektoren bildet unstreitig der Verkehr

des Beamten mit den Arbeitern und Arbeitgebern. Diesem, die ganze Aufgabe stark beeinflussenden Theile suchte im vergangenen Jahre die heftige Fabrik-Inspektion ebenfalls gerecht zu werden. In den ersten Jahren des Bestehens der Gewerbeaufsicht brachten beide Faktoren den Beamten wenig Vertrauen entgegen. Der Arbeitgeber sah in dem Fabrikinspektor den Spion und Schnüffler, der in das „Anerkennende“ eindringen wollte und setzte nicht selten der Inspektion offenen Widerstand entgegen. Wo dieses nicht geschah, leisteten die Unternehmer passiven Widerstand, verweigerten die verlangten Auskünfte u. s. w.

Die Arbeiter im Allgemeinen sahen in dem Beamten einen Vertreter der herrschenden Klasse; Mißtrauen und Furcht hielt sie von einem Verkehr mit dem Beamten ab. Hier und da nahm der Eine oder Andere sich den Muth, durch anonymes Schreiben die vor-handenen Mißstände dem Inspektor zur Kenntniß zu bringen. Im Laufe der Zeit hat sich das Verhalten jedoch wesentlich zu Gunsten aller Beteiligten verändert. Bei den Arbeitern hat die gewerkschaftliche Organisation aufklärend gewirkt. Nicht nur, daß in den größeren Städten und Orten Vertrauenspersonen errannt wurden, die in regelmäßigem Verkehr mit den Beamten stehen, sondern auch das Vertrauen der Arbeiter hat sich insofern gehoben, als sie selbst einen Verkehr mit dem Beamten nicht mehr scheuen. Für die Beurtheilung der Arbeiter-Verhältnisse ist auch ein persönlicher Verkehr des Beamten mit den Arbeitern unerlässlich. Durch mündlichen Verkehr kann der Beamte mit Erscheinungen vertraut werden, die er sonst zu beobachten keine Gelegenheit hat. Die Aussprache giebt ihm oft die Erkenntniß, daß die Arbeiter keine Ungerechtigkeiten verlangen, frivole Anforderungen machen, oder vielleicht aus purer Denunziationswuth die Arbeitgeber anklagen. Ja, gerade aus dem Verkehr mit den Arbeitern sind die Beamten im Stande, bei Unterdrückungsversuchen der Arbeiterorganisationen z. B. das wichtigste Zeugniß abzulegen.

In den vier Aufsichtsbezirken Hessens sind Sprechstunden eingerichtet, um so Gelegenheit zu geben, die Arbeiter ohne Zeitverlust mit den Inspektoren im Verkehr zu erhalten. Aber auch Abends oder Sonntags besuchen die Arbeiter im Bezirk Darmstadt den Gewerbeinspektor und werden dort auch bereitwillig angehört. Dieser Beamte hat auch im vergangenen Jahre beobachtet, daß die organisirten Arbeiter eine bessere Kenntniß der gesetzlichen Bestimmungen haben, als die nichtorganisirten. Während die Nichtorganisirten von der Gewerbe-Inspektion oft die Abstellung von Zuständen fordern, wofür eine gesetzliche Handhabe nicht besteht, sind die organisirten Arbeiter mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut.

Der Mainzer Beamte schildert den Verkehr mit den Arbeitern in ausführlicherer Weise. Hiernach erstreckte sich der Verkehr auf Auskunftsertheilung über die Bestimmungen der Gewerbeordnung, über die Sonntagsruhe, Mißstände und Uebertretungen in Fabriken. Den Vorwürfen mancher Arbeitgeber, daß die Arbeiter die Unternehmer zur Bestrafung bringen wollen, tritt der Inspektor entgegen, indem er ausführlich: „Die Arbeiter wünschen meist keine Bestrafung ihres Arbeitgebers, sondern setzen in dem Gewerbeaufsichts-Beamten das Vertrauen, daß, wenn er ihren Gewerbesunternehmer auf die Ungefehrlichkeit hinweist, auch die vorgebrachten Mißstände ohne Zwangsmittel abgestellt werden.“ Durch den Verkehr mit den Arbeitern wurde aber auch schon mancher Uebelstand dem Beamten bekannt, der sonst unentdeckt geblieben wäre. Ein Fall sei hier angeführt: In einem Raume wurden bedeutend mehr Arbeiter untergebracht, als zulässig war. Kam der Gewerbeinspektor oder die Polizei, so wurde eine Anzahl Arbeiter auf den Speicher geschickt, und dem Beamten, nachdem er fort war, jedenfalls eine Nase gedreht.

Die Willkürherrschaft der Fabrikbeamten, Werkmeister u. dergl. wird auch oftmals durch Eingreifen des Gewerbeinspektors beschränkt, das konstatirt der Gießener Beamte, der glaubt, daß Uebergriffe u. dgl. ohne Wissen der Fabrikherren vorkommen. Obgleich das in manchen Fällen zutrifft, wollen wir dasselbe im Allgemeinen nicht behaupten. Nach unserer Erfahrung genießen jene Herren Werkmeister und Aufseher die größte Achtung, welche die Arbeiter am strengsten halten. Doch auch dieses kann mehr verschwinden in dem Maße, wie alle unnötige Schikane der Arbeiter von diesen selbst zurückgewiesen wird.

Im Verkehr mit den Arbeitgebern ist gegen frühere Jahre eine Besserung eingetreten. Obgleich die Herren Unternehmer auf die größte Rücksicht der Beamten rechnen können wegen Gesetzesübertretungen, und, auch wenn sie augenscheinlich absichtlich begangen werden, nicht bestraft werden, tritt doch eine gewisse Bestimmung ein, wenn einmal Anzeige erfolgen muß. Im Allgemeinen gewöhnt sich das Unternehmertum jedoch an das Fabrik-Inspektorat, läßt bei Neuanlagen die Pläne prüfen u. s. w. Allerdings geschieht dieses größtentheils in ihrem eigenen Nutzen. Doch darf wohl gesagt werden, daß es für die Arbeiterschaft ebenfalls nützlich ist.

Gelingt es weiter, bei Arbeitern und Unternehmern das Fabrik-Inspektorat zum Vertrauens-Institut zu machen, so wird dasselbe im Stande sein, den Arbeitern in ihrem Kampfe zur Verbesserung des Arbeits-Verhältnisses hilfreiche Hand zu leisten.

Vom sozialen Kampfplage.

— Der Krefelder Färberstreik dauert weiter fort. Die Lohnforderung ist soweit bewilligt, aber die Firma

will sich das Recht vorbehalten, Maßregelungen vorzunehmen zu können. Darum verlangt man, die Streikenden sollen einzeln um Wiedereinstellung bei der Firma vorstellig werden. Gäbe man dem statt, so wäre das, trotz Lohnhöhung, eine schmachvolle Niederlage für die Streikenden. Die Firma wird deshalb auf diesen Vorschlag verzichten müssen, dann ist eine Einigung möglich. Heute, am 10. Oktober, haben die Firmen-Repräsentanten, Theilhaber und Aktionäre eine außerordentliche Sitzung. Neben der Frage der Erhöhung des Betriebskapitals wird wohl der Streit die Herren beschäftigen. Hoffentlich gelangen die Herren zu der Einsicht, daß Friede geschlossen werden muß. Im Streit befinden sich noch 500 Personen. Ein Theil der Streikenden hat in anderen Fabriken Arbeit gefunden.

In dem Streit der Lederarbeiter in Wilster und der Steinarbeiter sind wichtige Veränderungen nicht eingetreten. Während die Unternehmer in Wilster rundweg die Verhandlung mit den Streikenden ablehnen, haben die Unternehmer in der Steinindustrie wiederholt mit den Ausstehenden unterhandelt. Nunmehr haben die Unternehmer beschlossen, falls bis zum 16. Oktober eine Beilegung des Streiks nicht herbeigeführt ist, die Steinarbeiter in ganz Sachsen auszusperren. An den Arbeitern liegt es nicht, wenn eine Verständigung nicht zu Stande kommt. Sie sind den Unternehmern in jeder Weise entgegengekommen und zeigen sich jederzeit bereit, den Kampf unter nur einigermaßen annehmbaren Bedingungen zu beenden.

Adressen für Zusendung von Beiträgen für die im Kampf befindlichen Arbeitsgenossen sind:
Färbereiarbeiter: E. Winterberg, Kronprinzenstraße 122, Krefeld.
Lederarbeiter: H. Weiswenger, Goldminerstraße 41, Berlin N.
Steinarbeiter: P. Mitschke, Bergstraße 30/31, Nitzdorf-Berlin

Zur Lage der Arbeiter in Zuckerrübenfabriken. Dem „Vorwärts“ wird aus Schroda (Posen) geschrieben: „Zu einem Streit kam es dieser Tage in einer hiesigen Zuckerrübenfabrik. Dieselbe ist zwar das ganze Jahr im Betriebe, doch stellt sie jetzt, während der sogenannten Kampagne, wobei Tag und Nacht gearbeitet wird, noch ca. 250 Arbeiter an. Bisher war der gebräuchliche Arbeitslohn pro Schicht von 12 Tages- oder Nachtschichten 1,50 Mk., wobei Jeder abwechselnd alle acht Tage je Tag- oder Nachtarbeit hatte. Jetzt scheinen aber die Streikenden zum Bewußtsein dieses Hungerlohns gekommen zu sein, denn sie weigerten sich, zu diesen Lohnsätzen die Arbeit aufzunehmen. Sie verlangen eine Erhöhung von 0,25 Mk. für die Tageschicht und 0,50 für die Nachtschicht. Die Direktion der Fabrik, welche zuerst mit Heranschaffung von galizischen Arbeitern drohte, bequemt sich jetzt doch zu einer Zulage von 0,20 Mk.; bisher aber ohne nennenswerthe Erfolge, da die Saisonarbeiter, welche sich zum größten Theil aus Landleuten rekrutieren, auf ihren Forderungen beharren. Sie können dies auch um so leichter, da sie zur Zeit noch auf dem Lande genügende Beschäftigung finden. — Bemerkenswert ist noch, daß die Fabrik nach Schluß der Kampagne, Anfangs Januar bis April, Arbeitern, welche nicht das ganze Jahr in ihr frohnen, einen Arbeitslohn von sage und schreibe 1 Mk. bei 10stündigen Tagesschichten zahlt. Bei diesem Lohn ist natürlich eine ca. 25prozentige Verzinsung des Anlagekapitals der Besitzer kein Wunder. — Als Opfer der Nachtarbeit verunglückte gleich zu Anfang der Kampagne der Arbeiter Lehmann. Derselbe hatte während der Nachtschicht Dienst bei den Syrupkesseln. Noch ungewohnt des Nachtwachens, schlief er ein und wurde von dem überkochenden Syrup so furchtbar verbrannt, daß an seinem Aufkommen Zweifel bestehen. — Ueberhaupt scheinen die Sicherheitsvorrichtungen in der Fabrik nicht die besten zu sein, denn Schreiber dieses, welcher es leicht zu beobachten stets Gelegenheit hat, konnte feststellen, daß während der Hauptarbeit kaum eine Woche vergeht, in der nicht mehrere Betriebsunfälle vorkommen, ungerichtet der Leute, welche infolge der im höchsten Grade ungesundeten Arbeit körperlich vollständig zerrüttet werden. Solche Dinstechende sieht man in hiesiger Stadt in einer für deren Kleinheit unverhältnismäßigen Anzahl.“

Zur Beachtung!

Mit der Nr. 20 des „Proletarier“ sind die Abrechnungsformulare verfaßt worden. Die Bevollmächtigten und Vertrauensmänner werden ersucht, die Abrechnung umgehend vorzunehmen.

Der Vorstand ist nach § 13 (früher § 15), Abs. 1, verpflichtet: „Wenn die Abrechnung einer Zahlstelle oder Vertrauensmannes innerhalb vier Wochen nach Quartalsende nicht erfolgt, aus einer benachbarten Zahlstelle eine vertrauenswürdige Person zur Revision zu entsenden“. Da die Revisionen Geldkosten verursachen, so liegt es im Interesse aller Verbandsorte, so rasch als möglich abzuschließen.

Auch die Mitglieder können zur raschen Erledigung der Abrechnung beitragen. So lange ein Ort in den Quittungen, die im „Proletarier“ veröffentlicht werden, nicht aufgeführt ist, so ist anzunehmen, daß die Abrechnung noch nicht erfolgt ist und die Mitglieder können dann auf deren Erledigung drängen.

Die Streit-Abrechnung ist besonders auf den zugesandten Formularen aufzustellen; mit den Abrechnungen sind auch alle Rechnungen über gesandtes Material mit einzusenden. Bei Geldsendungen ist —

so bald Posten mit eingefandt werden, welche aus der Abrechnung nicht hervorgehen — auf dem Postabschnitt zu vermerken, ob die überschüssigen Beträge für Inserate, Protokolle u. s. w. sind. Alle Geldsendungen sind an Kollegen Jean Wilhelm, Leinstraße 31, zu richten.

Die Reisekontrollscheine werden nicht richtig verwendet. Diese sind nicht allen Mitgliedern, welche sich abmelden, auszustellen, sondern nur denen, welche bezugsberechtigt sind. Das ergibt ja schon der Inhalt der Kontrollkarte. In Zukunft wolke man Reisekontrollscheine nur an bezugsberechtigte Mitglieder ausshändigen.

Die neugegründeten Zahlstellen und Einzelmitgliedschaften, welche Protokolle vom 4. Verbandstage in Harburg noch nicht bezogen haben, wollen umgehend ihre Bestellungen aufgeben. Der Preis eines einzelnen Exemplars beträgt 10 Pf.

Mit toll. Gruß: Aug. Brey.

Korrespondenzen.

Asterleben. Im Lokale des Herrn Schröder tagte Sonnabend, den 7. Oktober, unsere Mitgliederversammlung. Unter Berücksichtigung, daß es notwendig ist, die Organisation immer mehr auszubauen, daß es ferner dringend erforderlich ist, dem Bildungsbedürfnis der Kollegen immer mehr Rechnung zu tragen, wird beschlossen, in der nächsten Versammlung einen Vortrag halten zu lassen. Das Stiftungsfest wird auf den zweiten Weihnachtstag festgesetzt, mit den vorbereitenden Arbeiten werden 6 Kollegen betraut.

Bremen. Der Streit der Alfes'schen Arbeiter ist beendet. Die Arbeiter haben ein Resultat errungen, das ziemlich den von ihnen aufgestellten Forderungen entspricht. Sie können mit Befriedigung und Stolz auf den von ihnen mit aller Mühe, aber auch mit Entschiedenheit geführten kurzen Lohnkampf zurückblicken. Die Kohlhöhe, in welche die Stadt bezüglich der Lohnabfuhr immer mehr geriet, drängte die Behörden dazu, für Beilegung des Streiks einzutreten. Deshalb auch die Konferenzen des Herrn Senator Stadtländer als Polizeidirektor mit der Kommission der Streikenden, die von Ersterem bereits am Mittwoch herbeigeführt wurden. Am 21. September, Vormittags, begab sich die Kommission zu Herrn Senator Stadtländer, um ihm über den Beschluß der Versammlung der Streikenden, — die bekanntlich das Ansehen, zunächst bedingungslos die Arbeit aufzunehmen, ablehnte — Bericht zu erlaten. Herr Senator Stadtländer erklärte, daß ohne Erfüllung der gestellten Bedingungen Verhandlungen einzuleiten nicht möglich sei. Damit verabschiedete er die Kommission.

Vorher eine weitere, auf 1 1/2 Uhr Mittags angelegte Versammlung der Streikenden tagen konnte, wurde die Kommission abermals nach dem Stadthause berufen. Es wurden der Kommission, von Herrn Senator Stadtländer selbst unterzeichnet, Bewilligungen unterbreitet, nach denen der Lohn der Fuhrleute, Spüler, Lonnenträger und Vorleger auf 20 Mk., der Lohn der Feger auf 17 Mk. für die Woche festgesetzt wird. Ueber dieses Angebot hatte die nach Wiedererschienen der Kommission wieder eröffnete Versammlung der Streikenden zu entscheiden. Sie lehnte das Angebot nach Prüfung der einzelnen Positionen und genauer Erwägung der durch etwaige Annahme errungenen Vortheile einstimmig ab.

Das Angebot war in der That für die Streikenden nicht annehmbar. Es bedeutete für sie die Verheißung einer zum Theil recht geringfügigen Lohnhöhung nur für einen Theil der im Streit Befindlichen. Ein großer Theil aber sollte leer ausgehen. 30 Lonnenträger und 19 Lonnenspüler sollte zunächst eine Lohnhöhung von 18 Mk. auf 20 Mk. pro Woche zu Theil werden, 38 Feger indes nur eine solche von 16,20 Mk. auf 17 Mk., also um 80 Pf. pro Woche (nur eine geringe Anzahl der Feger erhielt noch 2,50 Mk. pro Tag). Für 64 Fuhrleute und 10 Vorleger war indeß keine Lohnhöhung vorgesehen, da der für sie in dem Angebot aufgeführte Lohn der bisher von ihnen verdiente war. Ferner war der für die Ueberstunden aufgestellten Forderung (40 Pf. pro Stunde) keinerlei Erwähnung gethan. Nach den gemachten Konzeptionen sollten also 49 Streikende eine einigermaßen der gestellten Forderung entsprechende Lohnhöhung (3 Mk. pro Woche) erhalten, 38 Streikende mit der geringen Aufbesserung um 80 Pf. pro Woche sich zufriedengeben und 74 Streikende völlig leer ausgehen. Mit dem ablehnenden Resultat der Versammlung begab sich die Kommission wieder zu Herrn Senator Stadtländer, der nunmehr weitere Verhandlungen zwischen den Streikenden und Herrn Alfes veranlaßte. Der Erfolg dieser Verhandlungen ist das nachfolgende Resultat:

1. Sämmtliche streikenden Arbeiter nehmen morgen pünktlich, wie die Arbeitsordnung es vorschreibt, die Arbeit wieder auf. Keiner derselben darf wegen des Streiks gemahregelt werden.
2. Der bei dem Arbeitgeber noch stehende Lohn für die zwei Tage (15. und 16. September) wird den betreffenden Arbeitern ausbezahlt. Auch im Uebrigen verzichtet der Arbeitgeber auf jeden Anspruch auf Schadenersatz wegen des Streiks.
3. Diejenigen Fuhrleute, welche als Lonnenspüler angestellt, und solche, welche 5 Jahre ununterbrochen im Geschäft thätig gewesen sind, erhalten pro Tag 3,50 Mk. Sonntagsarbeit (Stalldienst) wird mit 2,50 Mk. pro Tag bezahlt. Die übrigen Fuhrleute, Spüler, Lonnenträger und Vorleger erhalten pro Tag 3,33 Mk., die Feger pro Tag 2,90 Mk.
4. Ueberstunden und nur solche, die in Austerdamme gemacht werden, werden mit 30 Pf. pro Stunde bezahlt.

Die am 21. September, Abends, im Vereinshause tagende Versammlung der Streikenden erklärte sich mit der Annahme dieser Bewilligungen einverstanden.

Charlottenburg. Am 10. Oktober tagte in der Gambrius-Brauerei unsere Generalversammlung, in welcher Genossin Frau Meiß über das Thema referirte: „Was haben die Arbeiter und Arbeiterinnen zu thun, um eine menschenwürdige Existenz zu erzwingen?“ Rednerin führte unter Anführung von Zahlen an, welche Bedeutung die Arbeiterinnen im Erzeugungsgesetz der Gebrauchswerte spielen. In den meisten Fällen müssen sie für geringeren Lohn arbeiten verrichten, für welche, wenn sie von Arbeitern geleistet werden, weit höhere Löhne bezahlt werden. Die Rednerin forderte Eintreten für die Organisationen. Haben wir starke Organisationen und treten diese für die Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Leistungen ein, dann werden die Arbeiterinnen aus Konkurrenzrinnen und Lohnrückerinnen Mitarbeiterinnen für die Befreiung des gemeinsamen Proletariats aus den Fesseln der Lohnarbeit werden. — Die darauf vorgenommene Abrechnung vom 3. Quartal ergab eine Einnahme von 267,10 Mk. und eine Ausgabe von 187,30 Mk. Die Revisoren hatten die Abrechnung geprüft, Alles in Ordnung gefunden und wurde dem 2. Bevollmächtigten Entlassung erteilt. Dann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Als Delegirte zu der am 12. November in Potsdam zusammentretenden Konferenz der Zahlstellen in der Provinz Brandenburg wurde Kollege Scheel gewählt.

Einshorn. Am 14. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung, in welcher der 2. Bevollmächtigte, Kollege Viehl, die Abrechnung vom 3. Quartal vorlegte, welche für richtig befunden wurde. Dann kamen die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag. Der Schluß der Versammlung machte der Referent noch auf die am 22. Oktober hier im Lokale der

Wittwe Maack tagende Konferenz aufmerksam und ersuchte die Kollegen um regen Besuch.

Frankenthal. Die Unternehmerrorganisationen im Kampfe gegen die Arbeiter war das Thema, über welches Kollege Streb in der am 1. Oktober tagenden Versammlung referirte. Redner nahm den Stand der heutigen Organisationen zum Ausgangspunkt seiner Ausführungen. Der Mann, welcher zuerst die Arbeiter zur Behütigung ihrer Energie innerhalb des Rahmens der Organisation aufhorbete, allerdings auf dem Gebiete der Politik, war Ferdinand Lassalle. Als einige Jahre nach dessen Tod im Anfang der hiesiger Jahre die deutsche Industrie sich zu kaum geahnter Blüthe entwickelte, da gewann der Organisationsgedanke immer wärmere Bethelbiger und Anhänger unter der arbeitenden Klasse. Immer offenkundiger traten die Bestrebungen in Erhebung, aktionsfähige Bewegungen der Arbeiter zu schaffen. In demselben Maße, wie sich diese Bestrebungen praktisch vermittelten, wuchs auch das Bestreben der Unternehmer, solche Arbeiterorganisationen nicht aufkommen zu lassen. Diese Unterdrückungsversuche des Unternehmertums haben selbst durch die staatliche Hilfe, welche letzteres in Gestalt des Sozialistengesetzes bekam, den gemüthlichen Erfolg nicht gehabt. Die Arbeiterorganisationen haben sich entwickelt und sind heute stärker denn je. Auch der neueste Antikommunismus, mit dem Zuchthausgesetz den wirtschaftlichen Kampf schiedsam zu legen, wird abgeschlagen werden, wenn die Arbeiter auf der Hut sind. Redner behandelte dann noch das Wachstum und die Leistungen unserer Organisation und schloß mit der Aufforderung, für die Organisation zu wirken und zu kämpfen. Eine Anzahl Personen ließen sich in den Verband aufnehmen.

Halberstadt. Die Versammlung, die am 10. Oktober tagte, wählte, weil der Schriftführer... Bert ist, in diesem Quartal seinen Posten zu verlassen, einen provisorischen Schriftführer. Dann erstattete Kollege Volkman den Geschäftsbericht pro 1898/99. Weitere Erörterungen knüpften sich wegen des schwachen Besuchs an den Geschäftsbericht nicht. Der vom Kollegen Behrens gegebene Klassenbericht verzichtete eine Einnahme von 668 Mk. und eine Ausgabe von 361,58 Mk. Da die Revisoren nicht anwesend waren, konnte ein Revisionsbericht nicht gegeben werden. Augenblicklich hat die Zahlstelle 215 Mitglieder, darunter 15 weibliche. Zum Schluß wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht.

Halle. In der Versammlung am 30. September referirte Herr Arbeitersekretär Gölber über: Geinrich Feine. Der Vortragende entrollte den Anwesenden in ca. 2stündiger Rede ein gerneues Bild von dem Leben und Wirken dieses großen Dichters und zeigte unter Anderem an verschiedenen Titeln, in welcher wichtiger, ironischer und manchmal herber Weise Feine die damaligen Zustände zu geisteln verstanden hat. Im Verlaufe seines Referats forderte der Redner die Arbeiter auf, in ihrem Streben nach Freiheit und Recht nicht zu erlahmen; so wie Feine seinerzeit den Kampf mit der Reaktion aufgenommen, gelte es heute ebenfalls noch, im Kampfe um bessere menschenwürdige Zustände, der herrschenden Klasse gegenüber stets gewappnet zu sein. Die Versammlung gab ihr Einverständnis dadurch zu erkennen, daß sie die Ausführungen des Referenten mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte und ihm am Schluß reichen Beifall spendete. Es wurde eine Kommission von sechs Mann gewählt, welche sich nach einem geeigneten Lokal zur Abhaltung eines Weihnachtsspergenitzes umsehen soll. Zugleich wurde der Antrag gestellt, daß jedes Mitglied 30 Pf. (in drei Raten) an die Bezirkskassirer abliefern solle. Das Mitglied Theodor Meier wurde, weil er während des Bauarbeiterstreiks den Interessen seiner Kollegen entgegengekehrt hat, einstimmig ausgeschlossen. Es wurde einstimmig beschlossen, den Ueberfuß der gesammelten Streikgelder zur Vertheilung zu bringen und wurden hierzu 4 Kollegen gewählt, die das Weitere veranlassen sollen. (Zur Vertheilung an die Mitglieder? Wussten die verehrten Versammlungsbesucher denn nicht, daß wir einen Streikfonds haben, dem der Ueberfuß überwiesen werden kann? Hoffentlich unterbleibt die Vertheilung und die Summe wird für die weiteren Kämpfe unserer Kollegen reservirt. D. R.)

Hann. Am 12. Oktober tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der 1. Bevollmächtigte gab den Jahresbericht. Danach wurden für unsere Zahlstelle 12 Mitglieder-Versammlungen mit 5 Vorträgen abgehalten. Die Vortragsthemen bildeten: Geinrich Feine; Nordpolforschungen; Klassenbildung und Klassenerziehung; Wer ist der Feind der Arbeiterklasse? und Gracchus Babeuf. Außerdem wurden einige Versammlungen der Mitglieder aller Hamburger Zahlstellen abgehalten, deren eine sich mit Festsetzung einer von den Zahlstellen St. Georg und Rothenburgsort zu beachtenden Grenzlinie zu beschäftigen hatte, während die andere Stellung zu dem Konsumverein „Produktion“ nahm. In einer öffentlichen Versammlung referirte Kollege Brey. Vortragsgegenstände wurden 18 abgehalten, bei zweien derselben waren auch die Kassirer zugegen. Festlichkeiten wurden drei veranstaltet. An Untertragungen wurden an drei Kollegen 45 Mk. bezahlt. Dem Streikfonds wurden aus der Lokalkasse 100 Mk. überwiesen. Die Krefelder Weber erhielten 30 Mk. Auf Sammelstätten kamen für die Ausgesperrten in Dänemark 148,60 Mk. zusammen. An Broschüren wurden ausgegeben: Protokoll vom Verbandstag, Schippel's Broschüre über das Konstitutionsrecht; zur Gratisabgabe gelangte: Die Pflichten und Rechte des Arbeiters. Eine Hausagitation ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Der Mitgliederbestand ist 365. Hierauf verlas der 2. Bevollmächtigte die Quartalsabrechnung, die eine Einnahme von 764,28 Mk., eine Ausgabe von 532,56 Mk. und einen Bestand von 231,72 Mk. aufweist. Alsdann gab Kollege Streb den Quartalsbericht. Darauf wurden die Bevollmächtigten und Revisoren vorgeschlagen und verschiedene Wahlen vorgenommen. Bei der Stichwahl eines Delegirten zur Konferenz in Einshorn erhielt Kollege Ahrens die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen. Einem kranken Kollegen wurde eine Untertragung bewilligt. Dann wurde zu reger Theilnahme bei dem Betrieb der Lokalmärkte aufgefördert und nochmals in Erinnerung gebracht, daß die Firma Tafel, welche auf der Steinstraße in Hamburg und in der Johannisstraße in Altona Schuhgeschäfte besitzt, mit ihren Arbeitern in Differenzen liegt.

Hannover. (Vom Parteitage.) Das Lokal, in welchem die Vertreter der Sozialdemokratie zusammengetreten waren, um im ersten Meinungskampfe die jetzigen Grundsätze der Partei einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, spielt auch in der Geschichte unserer Organisation eine wichtige Rolle. Hier tagte vom 29. Juni bis 2. Juli 1890 der Kongreß aller „nichtgewerblichen“ Arbeiter, welcher die Gründung unserer Organisation beschloß. Aus den kleinen, damals vorhandenen Anfängen hat sich bis zum heutigen Tage eine ganz respektable Organisation gebildet. Daß aber auch deren Mitarbeiter und Mitarbeiter im öffentlichen politischen Leben nicht Unbedeutendes leisten, beweist der Umstand, daß nicht weniger als zehn ihrer Mitglieder als Delegirte auf dem Parteitage anwesend waren. Da war Kollegin Frau Jitz-Hamburg, die Kollegen Bruns aus Dandebel, Baaken aus Schippel, Erdmann aus Barstade, Knack aus Acker, Waier aus Wülfeim, Streb aus Offenbach, Witt aus München und Thielhorn und Brey aus Hannover.

Gartha. Sonntag, den 8. Oktober, tagte im Schützenhaus eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Zum 1. Punkt gab Kollege Wandel den Jahresbericht. U. A. führte er an, daß in den für uns am meisten in Betracht kommenden drei Zuckerrübenfabriken von insgesammt 120 beschäftigten Fuhrarbeitern nur 39 organisiert seien und legte den Kollegen der Fabrik von Jas. Fein's Söhne nahe, die Agitation sich anlegen sein zu lassen. Die übrigen 32 der Zahlstelle angehörenden Mitglieder seien in Ziegeleien, Papierfabriken und offenen Arbeitsplätzen beschäftigt. Nachdem Redner noch verschiedenes angeführt hatte, ging man zum 2. Punkte „Abrechnung vom Quartal“

über diesen Punkt konnte man jedoch nicht vornehmen, weil der 2. Bevollmächtigte nicht anwesend war. Hierauf wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorhinein gebracht. Als Hilfskassierer wurde Hermann Kretzschmar gewählt. Außerdem wurden die Versammlungen auf jeden 1. Montag im Monat festgesetzt. Unter 'Verschiedenes' gab der Bevollmächtigte bekannt, daß er und die Kollegen Mißfällig und Engel von der Poitzei mit Strafe belegt worden seien; ersterer mit 15 Mk., letztere mit je 6 Mk. Es wurde nämlich beim Stiftungsfest eine Person, welche nicht Mitglied des Verbandes war, für ein Billet an der Kasse 20 Bfg. Eintrittsgeld abgenommen, dafür werden nun 27 Mk. Strafe erhoben. — Es geht nichts über die sächsischen Gemächlichkeit.

Jahrgang. Sonntag, den 8. Oktober, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der 2. Bevollmächtigte legte die Abrechnung vom 3. Quartal vor. Der 1. Bevollmächtigte betonte, daß viele Kollegen mit ihren Beiträgen zurückblieben. Diese sollten sich nicht allein auf die Hilfskassierer verlassen, das sei grundfalsch. Jedes Mitglied mußte in den Versammlungen erscheinen. Leider wisse eine ganze Anzahl Mitglieder gar nicht, an welchem Tage die Versammlungen abgehalten werden; das komme von der Versammlungsschwänzerlei. Um nun den Mitgliedern, wenn sie einmal die Versammlung nicht besuchen können, die Zahlung der Beiträge recht leicht zu machen, wurde beschlossen, für das obere, untere und mittlere Dorf drei Hilfskassierer zu ernennen, und wurden hierzu die Kollegen Ebert, Darenburg und Krüger bestimmt. Als Vergütung erhalten sie 1,50 Mk. pro Quartal. Dem 2. Bevollmächtigten wurden 6 Mk. pro Quartal bewilligt. Den streitenden Lederarbeitern in Wilster, welche schon mehrere Monate im Kampfe stehen, wurden 10 Mk. Unterstützung bewilligt. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Speyer. In unserer am 31. September tagenden Mitglieder-Versammlung wurde der Kollege Schläter einstimmig als Delegierter zu der am 22. Oktober in Elmshorn stattfindenden Gau-Konferenz gewählt. Unter 'Verschiedenes' kam der Fall Wendendorf gegen den Zimmerer Reumer zur Sprache. Es wurde das Verhalten des Herrn Wendendorf getadelt, weil er in öffentlicher Wirtshaus erklärt hat, daß er sich mit noch mehreren Kollegen aus dem Verbandsbezirk lassen wolle, weil man einem verunglückten Kollegen 20 Mk. aus der Kasse bewilligt, und ihm seiner Zeit, als er wegen einer Prügelei mit einem Arbeitervilligen im Gefängnis saß, nichts gegeben. Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß Wendendorf trotz Einladung wieder nicht erschienen ist. Nachdem der Ausschluß einiger Personen wegen rückständiger Beiträge beantragt worden, wurde die Versammlung geschlossen.

Kolberg. Am 8. Oktober hielten wir in unserem Verbandslokal unsere Mitglieder-Versammlung ab. Leider waren, trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung, nur 25 Personen erschienen. Dieser mangelhafte Besuch ist sehr zu bedauern. In erster Linie wurden die Personalien derjenigen Mitglieder festgestellt, welche durch die Wirtshausverurteilung in Mitleidenschaft gezogen sind. Darauf beschloß die Versammlung, die Unterstützung dieser Kollegen beim Vorstände zu beantragen. Unten nächsten Punkt der Tagesordnung wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorhinein gebracht, und wurde beschlossen, am 15. Oktober den Kollegen im benachbarten Nöbeln einen Besuch zu machen. Nach Besprechung von einigen Vorschlägen wurde die Versammlung zum Schluß.

Landshut. Am Sonntag tagte hier im 'Gasthaus zum Schwab' eine gut besuchte Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Das Referat: 'Der Kampf der Arbeiter um das tägliche Brot', hatte Maurer-München übernommen. Die Anwesenden schenkten dem Redner volle Aufmerksamkeit und spendeten seinen Ausführungen Beifall. In der Diskussion wurde die Lage der sächsischen Arbeiter vom Kollegen A. beleuchtet und zugleich ein Fall an die Öffentlichkeit gebracht, wie ein Unternehmer sich billige Arbeitskräfte verschaffe. Der betreffende Herr habe sich an Herrn Mayer gewandt, und es seien ihm sofort 20 Mann zur Verfügung gestellt worden. Die Versammlung war, wie gewöhnlich, polizeilich überwacht. Es scheint, daß die nichtgelernten Arbeiter in den Augen der hiesigen Behörde als sehr staatsgefährlich gelten, denn der überwachende Schutzmann erschien bewaffnet bis an die Zähne, was aber dem guten Verlauf der hier beschriebenen Versammlung durchaus keinen Abbruch that.

Langensielde-Stellingen. Unsere Mitglieder-Versammlung tagte am 8. Oktober bei Stipping in Stellingen. Als Bevollmächtigte wurden die Kollegen J. Wob, J. Thomsen, W. Görlich vorgeschlagen. Als Revisoren kamen in Vorhinein die Kollegen J. Schuler, G. Rod und J. Anand. Als Hilfskassierer wurden die Kollegen G. Roggenhefer für Schnellen, G. Rod für Stellingen gewählt. Die Diskussionen Lohndienst und Stellingen wurden, da in letzterem Ort nur wenige Mitglieder vorhanden sind, zu einem Besuche vereinigt und beschlossen, dem betreffenden Hilfskassierer, weil der Bezirk so weitläufig ist, 15 Prozent der Einnahme als Vergütung zu gewähren. Alsdann wurde die Abrechnung verlesen und genehmigt. Der Ueberblick vom letzten Sommer-Vergangen in Höhe von 48,55 Mk. wurde den streitenden Lederarbeitern in Wilster überreicht. Als Delegierter zur Konferenz, die am 22. Oktober in Elmshorn tagt, wurde Kollege W. Görlich gewählt. Unter 'Verschiedenes' ward noch beschlossen, nunmehr wieder jeden ersten Sonntag im Monat eine Mitglieder-Versammlung abzuhalten. Zum Schluß wurde noch von den Kollegen Rod und Görlich ein Appell an die Mitglieder gerichtet, in der Zukunft doch etwas mehr Interesse zu zeigen und dafür zu sorgen, daß die Versammlungen doch besser besucht werden; einen Abend im Monat müsse doch jeder dazu benutzen, mit seinen Kollegen über die Arbeitsverhältnisse zu beraten.

Kannheim. Sonntag, den 1. Oktober, tagte im 'Kaisergarten' eine öffentliche Versammlung. Das Referat über das Thema 'Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen und wie ist dieselbe zu verbessern' hatte Frau Lötger aus Offenbach übernommen. In formender Weise schilderte die Referentin die Verhältnisse in den verschiedenen Betriebsbetrieben, worunter die Frauen am meisten zu leiden hätten. Der Grundlag 'Die Frau geht ins Haus', welcher früher angewandt werden konnte, ist heute schon veraltet. Die Frau sei heute gezwungen, mitzuarbeiten, da sie nicht so viel verdiene, um seine Familie ohne Unterstützung ernähren zu können. Daß solche Zustände die Bemerkung der Frau mit sich bringen, sei konstatiert. Die Arbeit sei notwendig in der Zeit, Papier- und chemischen Betrieben schädlich für den Organismus der Frau. Im Zusammenhang mit dem Referat wurde dem Namen weit zurück, insbesondere sei es oft dem Referat vorgezogen und als Zweifelsfrage bemerkt worden. Referentin verbot sich nur Befragung im Hinblick auf dem Platte an die Organisation. Am Schluß des Referats ernannte die Kollegin großen Beifall. Einige Kollegen beschäftigten sich an der Diskussion und forderten zum Gelingen in den Verband auf. Es wurden hierauf zwölf Beschlüsse gefaßt.

Kannheim-Adelmann. Sonntag, den 1. Oktober, hielten wir im 'Gasthaus zum Löwen' eine öffentliche Arbeiter-Versammlung ab, in welcher der Kollege Frau Lötger-Offenbach über das Thema 'Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen und wie ist dieselbe zu verbessern' referierte. Referentin besprach zunächst die Stellung der Frau im öffentlichen und rechtlicher Beziehung; diese müsse geändert werden. Die Männer müßten für die Organisation der Frauen eintreten. Auf Grund statistischer Beweise und unter Anführung statistischer Belege wurde die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte auf Frauen und in den verschiedenen Fabriksbetrieben, insbesondere die Lage und Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen

und unterzog sie einer vernichtenden Kritik. Auch besprach Referentin die in den verschiedenen Industrie-Betrieben vorhandenen gesundheits-schädlichen Einflüsse, welche oft vermindert, ja teilweise beseitigt werden könnten. Um jedoch Forderungen betreffs der Lohn- und Arbeitsverhältnisse stellen zu können, müßten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen organisieren; nur dadurch könnten sie eine entsprechende Besserung ihrer Lage erstreben und erzielen. Die darauf folgende Diskussion war eine rege. Sämtliche Redner erklärten sich mit den Ausführungen der Referentin einverstanden und forderten zum Eintritt in die Organisation auf. Am Schluß wurde folgende Resolution angenommen: 'Die heute im 'Löwen' zu Weddau tagende öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin einverstanden und verspricht, mit aller Kraft und Energie für unseren Verband zu agitieren und einzutreten'.

Kennstadt i. S. Am 5. Oktober tagte unsere Mitglieder-Versammlung, die gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 'Die Bedeutung der Gau-Konferenz'. Als Delegierter gewählt wurde Kollege Rogge. Ferner wurde beschlossen, unser erstes Stiftungsfest am 5. November abzuhalten und die Bewerkschaften von Gutin und Lübeck einzuladen.

Schönebeck. Die hiesigen Fabrikarbeiter stellten hier eine Lohnforderung. Der von den Arbeitern aufgestellte Tarif wurde von der Direktion mit einigen kleinen Änderungen genehmigt, jedoch nur ein Teil der organisierten Arbeiter, und zwar derjenige, welcher auf dem Elb-Schiffahrt- und Speditionsgeschäft tätig ist, geneigt die Früchte des Sieges. Anders verhält es sich jedoch mit den bei Herrn Enger auf dem Volkwerk der Saline beschäftigten Arbeitern. Diese Firma erklärte, daß sie mit Lohn- und Arbeiterkommissionen nicht zu verhandeln habe, sondern jeder sollte selbst für sich kommen; anstatt mit den Vertretern der Arbeiter über die Differenzen zu verhandeln, sind Sonnabend, den 16. September, sechs Arbeiter ohne Grund sofort entlassen worden. Alle sechs sind organisiert, fünf davon gehören dem Verbands der Fabrikarbeiter und einer unserem Verband an. Eine Fabrikarbeiter-Versammlung beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit. Kollege Deder aus Magdeburg referierte und führte in seinen Ausführungen die Uebergriffe und den Egoismus der Unternehmer den Arbeitern gegenüber vor Augen. Sobann ging Redner auf die Maßregelung am Orte selbst ein. Die Versammlung beschloß einstimmig die Unterstützung der Kollegen. Auch sind die Gemagregelten klagbar geworden, weil sie unrechtmäßiger Weise ohne Kündigung entlassen sind.

Schönebeck. Sonntag, den 8. Oktober, tagte im Saale der 'Reichshalle' eine von uns angeregte Gewerkschafts-Versammlung, welche den Zweck hatte, eine neue Gewerkschaftskommission zu wählen, da sich die alte aufgelöst hatte. Als Referent war der Stabkorrespondent Hugo Gärtner aus Magdeburg erschienen. Referent legte es der Versammlung in gediegener Weise klar, welche Vortheile und welchen Nutzen die Gewerkschaftskommission resp. die Kartelle den Gewerkschaften einbringen. Alsdann wurde zur Wahl von Delegierten zur Gewerkschaftskommission geschritten und wurden von jeder Gewerkschaft zwei Mann gewählt. Zum Punkt 'Verschiedenes' ergriff Kollege Dannehl das Wort und getreute in scharfen Worten die Interesslosigkeit der Kollegen. Kollege Schumann machte darauf aufmerksam, daß es Pflicht jedes denkenden Arbeiters sei, die Arbeiterpresse zu lesen. Zum Schluß nahm der Referent nochmals das Wort und legte es der Versammlung ans Herz, trenn an ihrer Organisation festzuhalten. Jeder-mann müsse Agitator sein und noch mehr Kollegen anwerben. Mit einem Hoch auf die Solidarität der Arbeiter, in welches die Anwesenden kräftig einstimmten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Stettin. In der Versammlung, die am 10. Oktober hier tagte, wurden die Kollegen Nehmer und Ehrerd als Delegierte zum Gewerkschaftskartell gewählt. Ferner wurde den Mitgliedern Mitteilung gemacht, wie die statistischen Fragebogen auszufüllen sind. Alsdann wurde der Versammlung die Abrechnung von dem am 17. September abgehaltenen Vergnügen vorgelegt. Das Vergnügen schloß mit einem Defizit ab. Für den abgerechneten Revisor Bengin kam Kollege Drewes in Vorschlag.

Regel. Montag, den 25. September, tagte hier eine öffentliche Versammlung im 'Mentner'schen Lokale', Spandauerstraße. Referent Kollege Schumann-Berlin verbreitete sich in längerer Rede über das Thema: 'Die elende Lage der Arbeiter und die Mittel zu ihrer Verbesserung'. Er legte den Kollegen an's Herz, sich zu organisieren und daß nur dadurch die wirtschaftliche Lage gebessert würde. Der Redner führte nun aus, daß gerade hier am Orte eine thätige Organisation nötig sei, da die niedrigen Löhne zu den hiesigen Verhältnissen in keinem Vergleich stehen. Unter lebhaftem Beifall schloß Kollege Schumann seinen Vortrag. In der Diskussion geistete Kollege Schumann einige Mängel der hiesigen Fabrik. Zum Schluß forderte der Vorsitzende Kollege Dietrich die Anwesenden auf, die Ausführungen des Referenten zu beherzigen und sich im eigenen Interesse unserem Verband anzuschließen. Nach Schluß der Versammlung ließen sich 12 Mitglieder aufnehmen, sodas jetzt, trotzdem unsere Zahlstelle erst gegründet worden ist, derselben bereits 42 Mitglieder angehören.

Quittung. Seit Dienstag, den 3. Oktober, sind folgende Beträge bei der Verbandskasse eingegangen: München 16,85; Jahrgang 180,91; Einsbüchel 129,20; Schiffsbeil 318,69; Mühlheim am Main 93,40; Magdeburg 132,22; Zangermünde 48,10; Garburg 2325,59; Wandsbühl 966,56; Barmbeck 28,70; Ibenhain 31,20; Pinneberg 59,20; Danzig 26,65; Uhlshorst 164,20; Kellinghusen 136,98; Geesthacht 232,20; Gamm 449,10; Flens-burg 471,18; Pirichberg 24,10; Georgswerder 24,55; Schwanungen 14,60; Offenbach 378,70; Elmshorn 17,85; Hagen 20,04; Bägerdorf 628,86; Eppendorf 82,90; Elmshorn 254,20; Berge-borf 705,85; Schönebeck 475,50; Linden 189,87; Geddernheim 25; Speyer 57; Porey 54; Rhenburg a. Saale 125,90; Charlotten-burg 200,70; Oberursel 49,06; Altenglan 18,70; Schnarsleben 33,80; Striegau 18,65; Köpflau 152,65; Sürleg 66,82; Malente 64,95; Röslin 422,60; Altenplawow 91,46; Arnsdorf 23,35; Augsburg 83,34; Landshut 39,75; Canstatt 182,65; Jehnitz 108,10; Gilsch 136,90; Martzankuhf 61,73; Ragnitz 55,85; Kaiserlautern 45; Lügen 32,74; Bremen 250; Wilhelmshagen 450,60; Hamburg-St. Georg 255,83; Wolfenbüttel 41,86; Leipzig 158; Dresden 115,41; Giebichenstein 428,81; Rassel 95,66; Schweinfurt 57,10; Halberstadt 208,66 Mk.

Für den Streifonds: Linden 5,65; Einsbüchel 14,20; Mühlheim a. Main 9; Barmbeck 121,25; Zangermünde 9,80; Kellinghusen 4,90; Gamm 50,50; Flensburg 40,75; Offenbach 22,80; Rägerdorf 75,60; Schönebeck 37,10; Hienburg a. Saale 15,25; Schnarsleben 4,50; Jehnitz 2,90; Gilsch 10,45; Hamburg-St. Georg 37,80; Leipzig 41,70; Dresden 19,50; Rassel 10,45; Schweinfurt 2,05 Mk.

Für Inzerate: Hamburg-St. Georg 3; Flensburg 2,55; Köpflau 1,20; Hamburg 2,25; Canstatt 0,75; Schnarsleben, extra 2,70; Uhlshorst, von Behrman 10 Mk.

Für Protokolle: Altenplawow 4 Mk.
Schluß: Dienstag, den 17. Oktober, Mittags 12 Uhr.

Berichtigung: Die in Nr. 20 des 'Proletariat' quitierten 15 Mk. sind für die dänischen Ausgewanderten.

Abrechnung
über den Streit der Arbeiter auf der Waggonfabrik 'Deutsche Waggon-Gesellschaft' in Dessau.
Der Streit begann am Sonnabend, den 28. September, früh 8 Uhr, und endete am Donnerstag, den 28. September, Mittags 12 Uhr. Beteiligt waren 55 Kollegen.
Einnahme: 350,— Mk.
Von Hannover erhalten am 1. Oktober 350,— Mk.
Ausgabe:
9 Kollegen erhielten Unterstützung in Höhe von je 7 Mk. = 63,— Mk.
2 Kollegen je 6 Mk. = 12,— Mk.
43 Kollegen je 5 Mk. = 215,— Mk.
1 Kollege 3,50 Mk. = 3,50 Mk.
Ein Inzerat 2,— Mk.
Summa: 295,50 Mk.

Bilanz:
Einnahme 350,— Mk.
Ausgabe 295,50 Mk.
Bestand 54,50 Mk.
Dessau, den 10. Oktober 1899.
Vorstehende Abrechnung ist geprüft und für richtig erklärt.
Die Bevollmächtigten:
Gustav Heinrich, Franz Frießel, Chr. Höhne.
Die Revisoren:
Otto Krüger, Franz Besold, August Paustler.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.
Altkatholischer Vertrauensmann: Neuhaldensleben-straße 36, — Etage rechts.
Bremen: Friz Kitter, Schulze-Dehligstraße 37.
Canstatt: W. Klein Huber, Orleansstraße 22, 2. Etage.
Düsseldorf: Joh. Hüner, Mannstraße 77, 2. Etage.
Elmshorn: Streckweiser, Gärtenstraße 61.
Kehlheim: Josef Ehrh, Brauerei 192.
Oberursel: Joh. Schauer, Marktstraße 30.
Podejuch: Karl Berndt, Friedensburg bei Podejuch.

Berichtigung.
Die Zahlstelle Hettlingen gehört zum Gau 4.

Inzerate.
Zahlstelle Rötzen. [1,30 Mk.]
Sonntag, den 22. Oktober, Nachmittags 3 Uhr:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen H. e i n r i c h - Dessau.
2. Vorschlag der Bevollmächtigten. — Angelegte der wichtigsten Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder dringend nötig.
Der 1. Bevollmächtigte.

Gau 15. [3,60 Mk.]
(Nördlicher Teil der Provinz Hannover, Großherzogthum Oldenburg und Bremen.)
Sonntag, den 22. Oktober, Vormittags 11 Uhr:
I. Gaukonferenz
im Gewerkschaftshaus, Bremen, Gartenstraße.
Tagesordnung:
1. Endgiltige Festsetzung der Tagesordnung.
2. Bericht des Gauvorstandes.
3. Bericht der Delegierten.
4. Diskussion.
5. Beratung der Anträge.
Der Gauvorstand.
J. U. Heinr. Martens.

Aufforderung.
Das Mitglied Andreas Beer, das von Augsburg, ohne sich abzumelden, abreiste, wird aufgefordert, das der Bibliothek entlehnte Buch 'Bols' 'Germinal' an Unterzeichneten zu senden.
Georg Meitinger, Augsburg, Matzerberg C 147.

Zahlstelle Alfeld. [1,35 Mk.]
Unserem Kollegen und 2. Bevollmächtigten Ernst Kaiser und unserer Kollegin Martha Schulze zu der am 15. Oktober stattfindenden Wahlung nachträglich ein donnerndes Hoch.

Minna Messerschmidt
Paul Reinfeldt
Verlobte. [1,25 Mk.]
Heilbronn, im Oktober 1899.

München-West.
Sonntag, den 29. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, im 'Café', Sendling:
Stiftungs-Fest
bestehend in Unterhaltung und Ball. — Eintrittskarten im Vorverkauf 10 Bfg., an der Kasse 20 Bfg.; Damenkarten 10 Bfg. [1,35 Mk.]
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Hannover N.-O.
Sonabend, den 4. November:
III. Stiftungsfest
bestehend in Ball, unter gütiger Mitwirkung des Radfahrer-Bereins 'Blitz', im Saale des 'Waldenwälder Park' (Schilf).
Anfang 8 Uhr. — Entree 10 Bfg. [1,35 Mk.]
Der Festleiter.

Lägerdorf.
Empfehle: Paletots, Anzüge, Socken, Loden-Joppen und Mäntel, sowie
jämmtliche Arbeiter-Garderoben.
Unterhosen, Unterjacken, Isländer und wollene Westen, Hüte, Mägen und Regenmäntel, wollene und Wachsleder-Regenmäntel, Bettwäsche, Handtücher u. s. w.; Betten, Bettdecken, Federn und Dunnen, Schuhe und Stiefel, Leder- und Filz-Pantoffeln.
Da Sie bei mir so billig wie in jedem anderen Geschäft kaufen, bitte ich, bei Bedarf sich meiner gütigst erinnern zu wollen. Mache aufmerksam, daß für die von mir gelieferten Schuhwaaren Reparaturen entgegen nehme. [2,25 Mk.]
Herm. Otto, Dorfstraße 23b.